

Rede zur Haushaltsberatung im Kreistag/Kreisausschuss am 09.02.2021

Von Jürgen Spenrath im Namen der AfD Fraktion

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Mitglieder des Kreistages Heinsberg,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Eine Rede zu schreiben, die nicht gehalten wird und somit ungehört zwischen Ordnerdeckeln verschwindet, ist ein brotlose Kunst.
Ich werde aus diesem Grund den folgenden Text sehr kurz halten und nur auf einige wenige Themen eingehen.

“Wir, die AfD setzt sich dafür ein, dass die Logik wieder in die Politik zurückkehrt.“
Mit diesem Satz begann meine Haushaltsrede im Dezember 2019 zum Haushalt des vergangenen Jahres.

Zu diesem Zeitpunkt konnte niemand ahnen, dass das Jahr 2020 durch eine Pandemie geprägt sein würde. Eine Pandemie, zu deren Folgen auch eine spürbare Einschränkung des politischen Diskurses und unserer politischen Arbeit gehört. Aus diesem Grund treten nach Meinung meiner Fraktion auch eigentlich dringend notwendige politische Diskussionen auf der Stelle.

Wir hoffen, dass das Jahr 2021 in dieser Hinsicht eine Besserung bringt.

Der vorliegende Haushaltsplan des Kreises Heinsberg für das Jahr 2021 steht in der Kontinuität seiner Vorgänger und weist deshalb auch nur eine Besonderheit im Rahmen der Finanzierung der Corona-Krise auf, die ich hier ansprechen möchte.

Zu der eben genannten Kontinuität gehört auch die Tatsache, dass Wünschbares hinter dem Notwendigem zurücktreten muss. Die Gestaltungsspielräume sind eng, denn wenn die Pflichtaufgaben finanziert sind, ist die „Kasse“ nahezu leer.

Zu den bereits allseits bekannten Schwierigkeiten der Finanzierung kommunaler Aufgaben tritt jedoch in den nächsten Jahren ein weiteres gravierendes Problem hinzu:

Die vielfältigen Auswirkungen der Corona-Pandemie reißen große Löcher in alle öffentlichen Haushalte. Fast alle NRW Kommunen würden in die Haushaltssicherung geraten, wenn die Ausgaben zur Bekämpfung der Pandemie in diesem Jahr direkt auf der Ausgabenseite verbucht würden.

Um dies zu verhindern, können die Kommunen nun diese Ausgaben gesondert buchen und erst in folgenden Haushaltsjahren Ausgaben wirksam einstellen.

Das Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen (NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz – NKF-CIG) verschafft den kommunalen Haushalten Luft. Aber aber mit welchen Folgen?

Die Regelungen des § 6 unter dem Titel "Behandlung der Bilanzierungshilfe in den Haushaltsjahren nach 2021" geben den Kommunen einen Gestaltungsspielraum, jedoch ist unabhängig davon eine Belastung der Haushaltsjahre nach 2025 absehbar und unvermeidlich.

Auch der Kreis Heinsberg steht deshalb finanziell vor schwierigen Zeiten.

In Anbetracht dieser Erkenntnisse ist es nun an der Zeit, im Kreis Heinsberg eine realitätsnahe und in der Hauptsache an wirtschaftlichen Notwendigkeiten orientierte Politik zu betreiben.

Der Klimavorbehalt, eine Doktrin deren wissenschaftliche Grundlage höchst umstritten ist, engt auch im Kreis Heinsberg zunehmend die Spielräume für wirtschaftliches Handeln ein. Es muss nun Schluss sein mit sowohl wirtschaftlich wie auch ökologisch sinnlosen Gedankenspielen wie Klimamanagement, Energiewende und Verkehrswende.

Die positive Entwicklung hin zu mehr Umweltschutz und damit auch Klimaschutz wurde in den vergangenen Jahrzehnten in hervorragender Weise von Fachingenieuren und Betriebswirten auf der Grundlage naturwissenschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Sachverständes vorangetrieben.

Erst in jüngerer Zeit haben sogenannte Aktivistengruppen aber auch Einzelpersonen ohne hinreichende Kenntnis der Sachverhalte sich selbst eine Meinungsführerschaft bei wichtigen Zukunftsfragen zugesprochen.

Als Folge dieser Selbstinszenierungen wird aufgeklärtes Wissen zunehmend durch dumpfen Glauben ersetzt. Wir gehen damit fatalen gesellschaftlichen Zuständen entgegen, Zuständen, die wir seit dem Mittelalter als überwunden glaubten. Dies muss verhindert werden.

Stichwort: Mobilität. Im Kreis Heinsberg wohnen viele Menschen, die täglich als Berufspendler unterwegs sein müssen.

Die AfD sieht sich als Interessenvertreter dieser Menschen.

Mit unserem Konzept der individuellen Verkehrsmobilität stellen wir uns konsequent gegen eine Politik der Gängeleien, deren Ziel darin besteht, den Bürgern die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs aufzudrängen.

Der öffentliche Nahverkehr offenbart in der Corona-Krise seine Schwächen. Hygiene und Abstandsregeln sind in Bussen und Bahnen kaum umsetzbar. Aus diesem Grund sind die Beförderungszahlen dort auch dramatisch eingebrochen.

Generell ist der öffentliche Nahverkehr in unserem Flächenkreis nicht leistungsfähig genug, um allen Bürgern die für ihr Leben und Arbeiten notwendige Mobilität zu ermöglichen.

Wer dies ignoriert ist weltfremd.

Die AfD lehnt auch deshalb die mit Mehrheit aller anderen Fraktionen beschlossene Einführung des sogenannten School & Fun-Ticket ab.

Der zukünftig für das School & Fun-Ticket obligatorische erhobene Eigenanteil ist oft nicht zu rechtfertigen, da beispielsweise in dörflichen Lagen die Leistungen des Tickets nicht oder nur eingeschränkt in Anspruch genommen werden können.

Stichwort: Schulen. Die Corona-Krise hat in den vergangenen Monaten auch gezeigt, dass an vielen Schulen in unserem Kreis ein durchgehendes und erfolgreiches digitales Lernen nicht möglich ist. Wir sehen hier ein strukturelles Problem mit vielen Facetten.

Der Kreis Heinsberg sollte bei der Suche nach Lösungen hier voran gehen. Der uns allen bekannte kreisweite Schulentwicklungsplan wurde zu einer Zeit entwickelt, als digitales Lernen noch nicht im Focus der öffentlichen Diskussion stand. Nun sollte er um ein Kapitel zu den Grundsätzen für das digitale Lernen erweitert werden. Einen entsprechenden Antrag werden wir demnächst formulieren und zur Abstimmung stellen.

Stichwort: Rolle des Kreistages. An dieser Stelle komme ich zu der Feststellung, dass derzeit die Sitzungen von Ausschüssen reihenweise verschoben werden.

Kreistagssitzungen werden abgesagt und die eigentlich durch den Kreistag zu treffenden Entscheidungen auf den Kreisausschuss übertragen. Mir drängt sich hier die Frage auf, wie wir, die gewählten Mitglieder des Kreistages, seitens der Verwaltungsspitze gesehen werden?

Betrachtet die Verwaltungsspitze den Kreistag und die Ausschüsse des Kreistages als Entscheidungsgremien, denen vielfältige Entscheidungskompetenzen zustehen oder sieht die Spitze der Verwaltung uns als ein Gremium von Frühstücksdirektorinnen und -direktoren, die man regelmäßig mit wohlvorbereiteten Sitzungsvorlagen bespaßt ansonsten, aber deren Arbeit nicht immer wichtig nimmt?

Die AfD begrüßt es, dass die Verwaltung des Kreises Heinsberg sich in der Corona-Krise engagiert allen auftretenden Problemen stellt und setzt ein hohes Vertrauen in die Expertise der Verwaltung. Die Kreisverwaltung hat sich dieses Vertrauen in den letzten Monaten durch eine hervorragende Arbeit verdient.

Gleichwohl verlangt die AfD Fraktion von der Spitze der Verwaltung, dass die politischen Gremien wieder mehr in ihrer Funktion als Entscheidungsgremien und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger respektiert werden. Krisenzeiten sind Zeiten, in denen die politischen Gremien mehr – und keinesfalls weniger gefordert sind.

Deshalb unsere Forderung: Der Kreistag und alle Ausschüsse müssen ab sofort wieder vollumfänglich ihre Beratungen aufnehmen.

Die Verwaltungsspitze hat die dazu notwendigen Maßnahmen unverzüglich zu ergreifen.

Im Namen der AfD Fraktion danke ich dem Kämmerer, Herrn Schmitz und allen, die an der Aufstellung des Haushalts für das Jahr 2021 beteiligt waren für ihre gute Arbeit.

Allen Mitarbeitern der Kreisverwaltung und allen Mitgliedern des Kreistages Heinsberg wünschen wir für die kommenden Monate Gesundheit und Schaffenskraft, damit wir gemeinsam die vor uns liegenden Aufgaben und vor allem die Herausforderungen der noch zu bewältigenden Corona-Krise bestehen können.

AfD Fraktion im Kreistag des Kreises Heinsberg

Jürgen Sperrath

Fraktionsvorsitzender